

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

69. Sitzung
4. Mai 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.35 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Ab dem 1. Mai kommt kein kasachisches Öl mehr durch die Druschba-Pipeline in Deutschland an, wovon insbesondere PCK Schwedt betroffen ist. Wie wirkt sich das auf die Benzin- und Dieselversorgung in der Stadt Berlin sowie die Kerosinversorgung am Flughafen BER aus? Wie hat sich der Senat auf diese Situation vorbereitet, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Versorgung weiterhin sicherzustellen?“

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bestätigt den Sachverhalt. Etwa ein Fünftel des Öls, das bei PCK Schwedt verarbeitet werde, komme über diesen Strang aus Kasachstan. SenWiEnBe führe Gespräche mit dem BMWF und der brandenburgischen Wirtschaftsministerin. Diese hätten übermittelt, dass es keine Versorgungsengpässe gebe und die Raffinerie auf hohem Niveau weiterarbeiten könne. Die Versorgungssicherheit sei in Berlin gewährleistet. Die Bundesregierung und Brandenburg führten Gespräche über Ersatzmaßnahmen über Rostock und Danzig. Es sei gut, dass die Bundesregierung für eine Preisreduzierung an den Tankstellen gesorgt habe, die bei den Endverbrauchern ankomme. In Zukunft müsse es weite-

re Maßnahmen geben, damit Energie in Deutschland wieder bezahlbar sei. Man müsse in erneuerbare Energien investieren, um von fossilen Energieträgern wegzukommen und unabhängiger zu werden. Berlin habe hierfür zahlreiche Förderungsstrukturen.

Frank-Christian Hansel (AfD) erkundigt sich nach der Ertüchtigung der Pipeline Rostock–Schwedt.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) sagt zu, den aktuellen Sachstand nachzuliefern, da Berlin nicht für die Ertüchtigung dieser Pipeline zuständig sei.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Inwiefern beeinflussen die kolportierten Mietrückstände von Galeria die laufenden Verhandlungen mit der Commerz Real über die Unterbringung der ZLB am Alexanderplatz sowie das vom Senat formulierte Ziel einer Mischnutzung des Gebäudes aus Bibliothek und Warenhaus?“

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) unterstreicht, dass SenWiEnBe den Warenhausstandort und die Arbeitsplätze erhalten wolle und eine Mischnutzung mit einer Bibliothek von Bedeutung wäre. Für die ZLB sei SenKultGZ zuständig. Nach seiner Kenntnis habe Commerz Real SenKultGZ ein neues Angebot gemacht, das SenWiEnBe noch nicht kenne. SenKultGZ werte dieses aus. Die Rückstände seien gezahlt worden und kein Thema. Die Nutzungsvereinbarung gelte bis März 2027. Der städtebauliche Vertrag sehe einen Warenhausstandort vor. Insofern werde dies ein Handelsstandort bleiben.

Christoph Wapler (GRÜNE) stellt die Nachfrage, was die Ankündigung von Galeria, neu über Mietverträge mit den Eigentümerinnen/Eigentümern verhandeln zu wollen, für die Standorte Hermannplatz und Kurfürstendamm bedeute.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) bemerkt, es sei normal, dass Mieter und Vermieter Mietverhandlungen führten. Die Mietbelastung von Warenhausstandorten sei für Galeria in der Vergangenheit eine große Herausforderung gewesen. Anscheinend gelte dies auch für den neuen Eigentümer. Insofern sei nachvollziehbar, dass nachverhandelt werde. Der Senat habe sich dabei nicht einzumischen. Dies unterliege der Vertragsfreiheit.

Tamara Lüdke (SPD) stellt für ihre Fraktion folgende Frage:

„Da Herr Staatssekretär Biel kürzlich an einer Delegationsreise nach Namibia teilgenommen hat, würde ich gern nachfragen, welche Bedeutung die Städtepartnerschaft zwischen Windhoek und Berlin aus Sicht der Senatsverwaltung hat.“

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) berichtet über die Eröffnung eines Solarzentrums nach Berliner Vorbild, das in Windhoek mit Bundes- und EU-Mitteln aufgebaut worden sei, nachdem eine Delegation aus Namibia im letzten Jahr Berlin besucht habe. Über Solarpaneele könnten künftig auch bislang stromlose Siedlungen mit Strom versorgt werden. Die Städtepartnerschaft werde beidseitig gut gelebt. Auch das Thema Fachkräfte habe eine Rolle gespielt. Es werde eine IHK-Berufsausbildung angeboten, mit der später in Berlin gearbeitet werden könne. Man habe sich über MobiPro-EU, Willkommenskultur u. a. ausgetauscht.

Tamara Lüdke (SPD) stellt die Nachfrage, was das Projekt im Sinne der Wechselseitigkeit für Namibia bedeute und welche Rolle die entwicklungspolitischen Leitlinien dabei spielten.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) schildert, junge Menschen ohne Perspektive erhielten eine ordentliche, zweisprachige Ausbildung durch Experten von hier. Zudem werde dort Wissen bei Lehrenden aufgebaut. Die Jugendarbeitslosigkeit sei in Namibia sehr hoch. Der Bedarf an Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen könne dort in den nächsten Jahren nicht gedeckt werden. Die neuen entwicklungspolitischen Leitlinien würden morgen im Senat verabschiedet. Der Bund mache die Förderungsstrukturen. Die Länder seien in der Regel für Bildungsarbeit zuständig, was in Berlin auf vielen Ebenen passiere.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0305](#)
WiEnBe
Reform des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0123](#)
WiEnBe
Auftragsvergabe: Umsetzung sozialer und ökologischer Kriterien, Bündelung und Qualifizierung der Vergabestellen
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0249](#)
WiEnBe
Reform des Berliner Vergabegesetzes, Fortschritte in der Arbeit der Kontrollgruppe und Stärkung der Tariftreuepflicht
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0283](#)
WiEnBe
Auswirkungen des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes: Handlungsempfehlungen und Reformbedarf
(auf Antrag der AfD-Fraktion)
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0239](#)
WiEnBe
Drucksache 19/2316
Vergabebericht 2024 gemäß § 18 Absatz 3 Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

- f) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3192
**Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner
Ausschreibungs- und Vergabegesetzes und weiterer
Rechtsvorschriften
– Vorabüberweisung –** [0309](#)
WiEnBe
Haupt(f)
- g) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/3073
**Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit – Vergabe
vereinfachen und soziale Kriterien schärfen** [0308](#)
WiEnBe
Haupt
- h) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/3052
**Gesetz zur Aufhebung des Berliner Ausschreibungs-
und Vergabegesetzes** [0307](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3035
**Unternehmensnachfolgen sichern – Arbeitsplätze
und Existenzen in Berlin erhalten** [0303](#)
WiEnBe
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Unternehmensnachfolgen sichern – Vielfalt als
Stärke erkennen, interne Nachfolgen sichern und
Anreizsysteme schaffen** [0277](#)
WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Mittelstand fördern und Nachfolgen sichern [0270](#)
WiEnBe
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Lucas Schaal (CDU) schildert, zwischen 2026 und 2030 gebe es 7 700 Unternehmen ohne Nachfolge, sodass Handlungsbedarf bestehe. Die Koalitionsfraktionen wollten die Nachfolgezentrale massiv stärken, weil insbesondere KMU einen wichtigen Beitrag zur Sozialstruktur in den Kiezen leisteten. Möglichst viel wirtschaftliche Tätigkeit solle erhalten bleiben.

Tamara Lüdke (SPD) ergänzt, es gehe um einen Auftrag zur konkreten Ausgestaltung. Wie sei der Umsetzungsstand bei den Unternehmensnachfolgen? Frauen sollten gezielt angesprochen werden. Ein großer Teil der ökonomischen Zukunft in Berlin werde weiblich sein.

Christoph Wapler (GRÜNE) bemerkt, es sei richtig, dass sich die Koalitionsfraktionen des Themas annähmen; offenbar habe der Senat noch nicht genug getan. Handwerkskammer und IHK seien engagiert, es brauche aber noch mehr Unterstützung bei den Unternehmensnachfolgen. Der Antrag greife relativ willkürlich ein paar Punkte auf. Mehr Veranstaltungen und Austauschformate würden nicht reichen. Man müsse die Betriebe dazu bringen, rechtzeitig Nachfolger/-innen aufzubauen und eine entsprechende Unternehmenskultur zu entwickeln. Das Problem gehe wesentlich tiefer als der Antrag und wäre eine vertiefte Besprechung mit Anhörung wert. Der Antrag werde das Problem nicht lösen und komme zu spät.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) äußert, Unternehmensnachfolgen erfolgten nicht in einem Kaffeegespräch, sondern individuell, teilweise über Jahre, in einem mühsamen Prozess, der auf beiden Seiten gut verstanden werden müsse. Die Nachfolgezentrale sei ein Projekt der Bürgschaftsbank, Handwerkskammer, IHK und SenWiEnBe. 2026/27 stünden jeweils 1 Mio. Euro zur Verfügung. Sechs Vollzeitstellen organisierten die Beratung und Begleitung. Bis Ende 2030 brauchten knapp 8 000 Berliner Unternehmen einen Übergang. Man wolle die Herausforderungen verstärkt angehen. Mit dem Geld würden auch Veranstaltungsformate finanziert. Ein Fokus werde in Zusammenarbeit mit der WeiberWirtschaft, der Gründerinnenzentrale u. a. auf dem Thema Frauen liegen. Eine Kampagne habe im März auf die Nachfolgezentrale aufmerksam gemacht. Auf der Plattform seien mittlerweile fast 2 300 registriert. Das Matching könnte besser sein, aber der Prozess sei langwierig und habe mit Emotionen und Finanzierungen zu tun. Man sei im Austausch mit den Nachfolgezentralen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, wo der Druck noch höher sei. Jedes Jahr werde evaluiert, auf welchem Weg man sei und welche Kooperationspartner man noch brauche.

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, dass seine Fraktion Sympathien für den Antrag habe, weil die Arbeit der Nachfolgezentrale wichtig sei und sie gute Arbeit leiste. Da der Antrag Leerstellen aufweise, werde sich seine Fraktion enthalten.

Dunja Wolff (SPD) bemerkt, die Nachfolgezentrale müsse sich entwickeln und noch bekannter werden. Wichtig sei, dass die Wirtschaftsförderungen in den Bezirken diese publik machten, zumal es im Einzelhandel trotz Förderungsmöglichkeiten weniger Werbegemeinschaften gebe. Insbesondere Familienbetriebe hätten Schwierigkeiten, Nachfolgen zu finden. Insofern sei zu begrüßen, die Anstrengungen zu verstärken.

Christoph Wapler (GRÜNE) bekräftigt, dass Unternehmensnachfolgen ein langer und schwieriger Prozess seien. Deshalb dürfe man in einem Antrag nicht bei Marketingmaßnahmen, Veranstaltungen und Austauschformaten stehenbleiben, denn dort begannen die Herausforderungen erst. Man müsse bei Qualifizierungen von potenziellen Übernehmenden ansetzen, Menschen befähigen, Verantwortung zu übernehmen, und Menschen in den Unternehmen finden, die potenzielle Nachfolger/-innen sein könnten. Die Nachfolgezentrale sei wichtig, man müsste aber mehr machen. Seine Fraktion werde sich ebenfalls enthalten.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) sagt, die Abgeordneten könnten dazu beitragen, die Nachfolgezentrale bekannter zu machen. Eine einzelne Kampagne werde nicht alle erreichen. Die Veranstaltungen der Bürgschaftsbank seien sehr gut besucht. Die Nachfolgezentrale begleite Unternehmensnachfolgen professionell. Man könne immer noch besser werden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechungen ab und beschließt, dem Plenum die Annahme des Antrags Drucksache 19/3035 zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.